

Sparpaket „sozial gänzlich unakzeptabel“

Sozialkonferenz der IG Metall Verwaltungsstellen Schwäbisch Gmünd und Aalen gestern in der Heubacher Stadthalle

Knapp 200 Arbeitnehmervertreter nahmen gestern an der Sozialkonferenz der IG Metall Verwaltungsstellen Schwäbisch Gmünd und Aalen in der Heubacher Stadthalle teil. Sie verurteilten das Sparpaket der Bundesregierung und forderten Perspektiven für die junge Generation.

VON MANFRED LADUCH

HEUBACH. Die Themen der Sozialkonferenz schilderten bei einem Pressegespräch der Erste Bevollmächtigte der Gewerkschaft im Ostalbkreis, Roland Hamm, und das geschäftsführende IGM-Bundesvorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. Es gehe darum, so Urban, die Menschen im Rahmen sozialpolitischer Herbstaktivitäten gegen die Beschlüsse der Bundesregierung zu mobilisieren.

Das so genannte Sparpaket sei sozial gänzlich unakzeptabel, weil die Krisenkosten nur bei den Langzeitarbeitslosen und deren Familien abgeladen würden, wo man doch eigentlich eine Stärkung der Binnenkonjunktur benötigen würde. Gerechte Steuerpolitik müsse am Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientiert sein, zum Beispiel über höhere Einkommensteuern für Vielverdiener und die einst sogar von Angela Merkel angesprochene Kapitaltransaktionssteuer.

Die IG Metall wolle Perspektiven für die junge Generation schaffen, indem sie für gesicherte Übernahmeperspektiven und gegen prekäre Beschäftigung vorgeht. Je jünger Menschen seien, desto eher müssten sie sich mit Leiharbeit durchschlagen. Eine Kette aus unsicheren Arbeitsverträgen werde zur schlechten

Gewohnheit. Es müsse das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gelten.

Die Rente ab 67 sei ein Generationen-, kein Seniorenthema, da sie nachweislich der jungen Generation die Zukunft verbaue, was absolut unverantwortbar sei. Die Gewerkschaft verlange einen offenen Bericht über die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer, wie ihn das Gesetz über die Rente mit 67 vorschreibe.

„Die IG Metall gewinnt derzeit gerade unter jungen Menschen an Ansehen“, freute sich Urban. Wie viele Menschen man für diese sozialen Themen mobilisieren könne, werde man bei einer Großkundgebung am 13. November in Stuttgart zeigen.

„Wir spüren bei dieser Sozialkonferenz, dass das kein aufgesetztes Thema ist, sondern den Nerv der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben trifft“, erklärte Roland Hamm. In den Gesprächen habe man die ökonomischen Rahmendaten regional heruntergebrochen und sei zu der Erkenntnis gelangt, dass die Belegung zwar zu spüren sei, aber großteils am ersten Arbeitsmarkt vorbeigehe.

Der benötigte Aufbau von Kapazitäten in der heimischen Wirtschaft erfolge hauptsächlich durch Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge. Mit Leiharbeitsfirmen sei über das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ kaum zu reden. Man wolle deshalb zu Betriebsvereinbarungen kommen, die Leiharbeit auf ein absolutes Mindestmaß beschränken.

Lobend erwähnte Hamm die ZFLS in Schwäbisch Gmünd, wo man bereits vereinbart habe, dass maximal ein Prozent der Stellen durch Leiharbeiter besetzt werden dürfen. In anderen Firmen habe man drei oder fünf Prozent erreicht. „Der neue Tarifvertrag für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen zeigt, wie man so



Roland Hamm und Hans-Jürgen Urban (rechts) bei der Sozialkonferenz in Heubach mit einem der Sparpakete, das an die Bundesregierung zurückgeschickt werden soll. Foto: ml

etwas für ganze Branchen macht; so etwas wollen wir auch“, erklärte Hamm.

„Wir hören immer vom Facharbeitermangel“, wunderte sich Hamm, „wo doch gleichzeitig die Zahl der Ausbildungsplätze immer weiter reduziert wird.“ Besonders schlecht sei die Situation im Bereich der IGM-Verwaltungsstelle Aalen, wo man vom vergangenen aufs aktuelle Jahr 100 Lehrstellen verloren habe.

„Wer qualifiziertes Personal für die Zukunft will, muss auch dafür sorgen“, forderte Roland Hamm von den Betrieben. Das gehe nur durch intensive Ausbildung und sich anschließender Übernahme der

jungen Menschen in feste Arbeitsverhältnisse.

In den kommenden Wochen bis zur Großkundgebung am 13. November werde die IG Metall auf den Wochenmärkten in Schwäbisch Gmünd und Aalen an Infoständen über die aktuelle sozialpolitische Kampagne informieren. Dort und in den Betrieben sammle man darüber hinaus Abstimmungskarten, auf denen sich Menschen zur Sozialpolitik der Bundesregierung äußern können. Die würden dann in „Sparpakete“ verpackt und an die Kanzlerin zurückgeschickt.